

15. Juni 2007  
20:12 MESZ

## Unterberger soll bleiben

Die Angriffe auf den Chef der "Wiener Zeitung": Kritik ja, Abschuss nein

---

Früher einmal war die "Wiener Zeitung" eine gedruckte Nachrichtenagentur, kombiniert mit dem Amtsblatt der Regierung und einer Literaturbeilage, die selbst andere Tageszeitungen geschmückt hätte. Als der heutige Chefredakteur Andreas Unterberger noch "Die Presse" dirigierte, warf er die meisten Speere auf das Regierungsblatt. Er wollte, zur besseren finanziellen Absicherung der "ehrwürdigen alten Tante", das Amtsblatt haben. Und dessen Trägerin abschaffen.

Unterberger musste dann, noch unter Schwarz-Blau-Orange, "Die Presse" verlassen und machte, von Wolfgang Schüssel gerufen, aus der "Wiener Zeitung" eine richtige Zeitung. Aufregend ist sie immer noch nicht, aber so einfach weglegen kann man sie auch nicht. Vor allem wegen der Kommentare des Schriftleiters selbst und wegen der Gastkommentare, die sich zu einer Plattform des österreichischen Konservatismus entwickelt haben.

Als im Jänner ein Text vom Anwalt des britischen Holocaust-Leugners David Irving erschien, gellten aus den linken Revieren die ersten Schüsse. Daraus ist zwar keine "Hetzjagd" geworden, wie einzelne rechte Verteidiger Unterbergers meinen, aber Jagdszenen sind das zweifellos.

Jede Partei ist machtbewusst. Auch in der ÖVP wäre ein betont linker Redaktionschef nicht beliebt. Es gibt genug Beispiele für schwarzes "Mobbing" (Franz Morak über die linken Angriffe auf Unterberger). Vor allem im [ORF](#), aber auch gegenüber Printjournalisten.

Dass jetzt aber selbst die Grünen von Bundeskanzler Alfred Gusenbauer im Rahmen einer parlamentarischen Anfrage wissen wollen, "welche Schritte" er gegen Unterberger unternehmen wird, stellt das Demokratieverständnis von Van der Bellen & Co infrage.

Pressefreiheit gibt es offenbar nur für jene, welche die gleiche oder eine ähnliche Weltanschauung vertreten. Die Publikation eines Textes aus Irving-Nähe kann man mit guten Gründen kritisieren. Deshalb aber die Abberufung oder auch nur "Schritte" gegen den Chefredakteur zu verlangen, ist kein ausreichendes Argument.

Nur wenige Kommentare des Kollegen in der "Wiener Zeitung" könnte ich unterschreiben. Aber das ist medialer Pluralismus. Und Unterbergers Stimme zusammen mit einigen seiner Kolumnisten eine wichtige Abrundung des Meinungsspektrums dieser Republik. Die Linke sollte wissen, dass die Verteidigung dieser Breite auch ihre eigenen publizistischen Positionen schützt.

Darüber sollte sich auch Sozialminister Erwin Buchinger den Kopf zerbrechen, bevor er sich den linken Heckenschützen anschließt. Möglicherweise färbt die Machtausübung bereits ab. Denn es gibt nur wenige Politiker, die sich als Regierungsmitglieder jene Offenheit bewahren, die der Journalismus selbst ebenfalls braucht.

Die "Wiener Zeitung" ist nach wie vor ein Unikum der westlichen Presselandschaft. Regierungszeitungen gibt es normalerweise nur in

Diktaturen – bis hin zu ganz kuriosen Situationen wie jener in St. Petersburg, wo die Presseministerin eine eigene Tageszeitung besitzt.

Dass zum Beispiel der Wiener Bürgermeister Michael Häupl auf Plakaten den Eindruck erweckt, als würde er die "Krone" für die "beste Zeitung des Landes" halten, ist ohnehin nur die Beschreibung einer bestimmten Mentalität. Ein Stück "Wiener Zeitung" steckt eben in so manchem österreichischen Massenblatt.

Die Angriffe der SPÖ auf Unterberger sind deshalb weder klug noch Erfolg versprechend. Sollte Unterberger aufgeben (was nicht seinem Naturell entspräche), würde das Regierungsblatt werden, was es war: ein Neutrum der Medienlandschaft.

Großkoalitionär. Am besten mit einem Chamäleon an der Spitze, das je nach Bedarf die Farbe wechselt. Solange Unterbergers Vertrag läuft, soll er bleiben, was er ist. Seine vorzeitige Abberufung wäre ein negatives Signal in einem Land, das demokratische Defizite hat. (Gerfried Sperl/DER STANDARD, Printausgabe, 16/17.6.2007)

---

© 2007 derStandard.at - Alle Rechte vorbehalten.

Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf. Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.